

PRESSEMITTEILUNG

Stuttgart 10. Dezember 2014

Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen in Mexiko: Deutschland und Europa müssen Stellung beziehen

- Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko fordert die mexikanische Regierung auf, eine umfassende strafrechtliche Untersuchung der Menschenrechtsverbrechen im Fall von Iguala mit 6 Toten und 43 verschwundenen Studenten durchzuführen. Die Rolle des Militärs und der Bundespolizei in dem Fall muss untersucht und aufgeklärt werden.
- Die deutsche Bundesregierung ist aufgefordert, auf den Fall und die aktuelle Menschenrechtslage in Mexiko mit aller Deutlichkeit zu reagieren: Die Verhandlungen zum geplanten Sicherheitsabkommen sind auszusetzen. Sie muss messbare Fortschritte in Bezug auf eine wirksame Bekämpfung der Straflosigkeit gegenüber der mexikanischen Regierung verlangen.
- Die deutsche Regierung und deutsche Parlamentarier_innen sollen öffentlich Stellung zur Menschenrechtslage in Mexiko beziehen, sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen in Mexiko einsetzen und sich von Straflosigkeit und Korruption auf allen Ebenen gegenüber der mexikanischen Regierung in Bezug auf die aktuellen Diffamierungskampagnen positionieren.
- Die EU und das europäische Parlament sind aufgefordert, die mexikanische Regierung auf ihre Mitverantwortung für die aktuelle Menschenrechtslage hinzuweisen und die geplanten Neuverhandlungen für das Globalabkommen 2015 solange aussetzen, bis konkrete Ansätze für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Mexiko erkennbar sind.
- Europäische Parlamentarier sollen in Mexiko ihrer Resolution vom 23. Oktober Nachdruck verleihen.

Im Fall der in der Nacht vom 26. auf den 27. September der 43 verschwundenen Studenten in Iguala, Mexiko, veröffentlichte die Generalstaatsanwaltschaft am 7. November erste Ergebnisse ihrer strafrechtlichen Untersuchungen, einer der Studenten konnte von österreichischen Forensikern identifiziert werden. Angehörige und Anwälte der verschwundenen Studenten verweisen jedoch zu Recht darauf, dass es an umfassenden strafrechtlichen Ermittlungen fehlt: Die Rolle der vor Ort anwesenden Streitkräfte und der Bundespolizei wird nicht untersucht und ist demzufolge nach wie vor ungeklärt.

Die Menschenrechtsorganisationen, die die Familienangehörigen im Fall Iguala begleiten, werden zum Teil öffentlich diffamiert, Demonstranten ordnete der mexikanische Präsident öffentlich als eine Destabilisierungskampagne von Regierungsgegnern ein.

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko protestiert energisch gegen solche Diffamierungskampagnen und fordert die deutsche und europäische Politik auf, sich klar zu positionieren:

Die mexikanischen Institutionen befinden sich aktuell in einer der tiefsten Vertrauenskrisen in der Geschichte des Landes. Massenproteste in allen Landesteilen und weltweit vor den mexikanischen Botschaften zeigen den Willen des Volkes, einen fundamentalen Wertewandel in Mexiko einzuleiten.

Diese Proteste sollten durch die deutsche und europäische Politik aufgenommen und unterstützt werden: Sie sind dazu aufgerufen, als außenpolitische Signale die Verhandlungen bezüglich des deutsch-mexikanischen Sicherheitsabkommens und die Verhandlungen zum Globalabkommen auf europäischer Ebene auszusetzen. Deutsche und europäische Entscheidungsträger sind vielmehr dazu aufgefordert, den Dialog mit der mexikanischen Zivilgesellschaft zu suchen und ihren Bedenken in der aktuellen Politik Rechnung zu tragen.

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko lehnt die Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens zwischen Deutschland und Mexiko entschieden ab: <http://www.kein-polizeiabkommen.de>

Die deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, CAREA e.V., Initiative Mexiko, Mexiko-Initiative Köln/Bonn, México vía Berlin, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Missionszentrale der Franziskaner, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner Südmexikos, e.V., pax christi Kommission Solidarität Eine Welt und Promovio e.V.